**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 19 (1939-1940)
**Heft:** 1

**Artikel:** Falsche geschichtliche Perspektive
**Autor:** Walter, Emil J.
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-333799

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Einstimmigkeit auch in der Ausführung und praktischen Anwendung verbürgt sind. Man darf sich auch nicht scheuen, Gegensätze offen festzustellen, das wird nützlicher und wertvoller sein als ihre Verkleisterung, die die Schwierigkeiten nur häuft.

Zum Schluß unterstreiche ich ausdrücklich, es handelt sich hier um reine Sachfragen, nicht um Personenfragen. Die jetzt von verschiedenen Seiten angestrebte personelle Veränderung lehne ich ab, weil sie das Problem nicht löst. Eine Lösung und damit die Weiterexistenz der Internationalen ist nicht durch einen Personenwechsel herbeizuführen. Sie ist nur möglich, wenn sich die Internationale selber neu orientiert und sich über ihre Tätigkeit und die dazu erforderlichen Voraussetzungen Rechenschaft gibt. Erkennen und aussprechen, was ist, darum handelt es sich.

---

# Falsche geschichtliche Perspektive

Von Emil J. Walter.

Vor wenigen Tagen wurde mir eine Broschüre zugesandt, die in deutscher Übersetzung unter dem Titel »Selbstbesinnung der Schweiz« Aufsätze vereinigt, welche Gonzague de Reynold im Herbst 1938 in einem »Conscience de la Suisse« betitelten Buch erscheinen ließ. Gonzague de Reynold, Professor der Freiburger Universität, Katholik, konservativer Föderalist mit aristokratischen Tendenzen, ist politisch kein Freund der Arbeiterbewegung oder des »Marxismus«. Gonzague de Reynold ist ein geistreicher Schriftsteller, der seinen politischen Gedanken durch einprägsame Formulierung weitreichenden Widerhall zu geben weiß. Gerade das vorliegende Buch hat nicht nur in der welschen Schweiz ein starkes Echo gefunden. Dafür legt die Tatsache der Übersetzung, sein Vorwort von Prof. Max Huber Zeugnis ab.

Ausgangspunkt der Betrachtungen bildet das »Problem der Existenz« des schweizerischen Staates, welches Problem vor allem vom Standpunkte des Föderalismus aus beleuchtet und auf gewisse »Konstanten der Schweiz«: Boden, Föderalismus, christlicher Geist, gestellt wird. In den Schlußbetrachtungen »Nationale Erneuerung« schimmern jene Sympathien für einen aufgeklärten Faschismus durch, wie sie sich bereits in des Verfassers Studie »Portugal gestern – heute« (Salzburg–Leipzig 1938) beobachten ließ: Salazar, der vom bisher unbekannten Professor an einer kleinen katholischen Universität der Provinz zum unumschränkten Diktator Portugals aufstieg, ist zum Vorbild unseres Professors aus Freiburg geworden.

Daher fordert Gonzague de Reynold als erste Maßnahme die Wiedereinsetzung der Autorität: »Die Löbliche Eidgenossenschaft braucht einen Kopf und in diesem Kopf einen Geist.« Ein schweizerischer Landammann muß her, der von den Vertretern der Kantone auf längere Zeit gewählt wird, und Minister, die ihm gegenüber verantwortlich wären, ernennen wird. Seinerzeit hat die »Nationale Front« ähnliche Forderungen aufgestellt. Gonzague de Reynold ist also in guter Ge-

sellschaft. Dann seien vor allem zwei Maßnahmen notwendig: »das Budget ausgleichen, den ganzen Staatsapparat vereinfachen. Das Budget: das tolle Rennen nach Subventionen, nach Ausgaben, nach Schulden – nach dem Abgrund – aufhalten.« Die Demokratie sei nicht mehr Selbstregierung, sie sei heute »Etatismus, Steuerbedrückung (!!)«. Man sieht, wo den Aristokraten der Schuh drückt. Zwar wird in der Einleitung gegen den Materialismus gewettert und behauptet: »Die Schweiz ist bedroht. Sie ist es von außen: durch die Ereignisse. Sie ist es von innen: politisch durch Entartung des Regimes, wirtschaftlich durch die Krise, geistig – und das ist das Schlimmste – durch den Materialismus.«

Der Staatsapparat soll »vereinfacht« werden. Man soll »nicht mit Kommissionen, sondern mit Intelligenzen arbeiten«. Hier liegt offenbar eine schweizerische Formulierung jenes Führerprinzips vor, das in autoritären Staaten zu einer beispiellosen Korrumpierung des Staatsapparates geführt hat. Es hat bei uns immer Einzelgänger gegeben, welche gegen die Kommissionen gewettert haben. Unseres Erachtens durchaus mit Unrecht. Wer nur ein wenig in den politischen Betrieb hineingesehen hat, weiß, welch vortreffliche Rückversicherung gegen voreilige und unüberlegte Maßnahmen im großen ganzen unser mit Kommissionen arbeitendes Verwaltungssystem bedeutet. Und wer bis anhin dessen nicht gewahr wurde, dem werden die Vorzüge dieser Arbeitsmethode gerade durch die *Landesausstellung* vor Augen geführt – wenn man einsichtig sein will und guten Willen hat, zu sehen, worauf die unbestreitbare Größe dieser nationalen Schau kollektiver Zusammenarbeit zurückzuführen ist: Ohne die so verächtlich behandelten Kommissionen, die Mitarbeit von unzähligen Einzelpersönlichkeiten, wäre aus der Landesausstellung auch nur wieder eine Art Mustermesse geworden, wie sie die World's Fair in Neuyork darstellt.

Diesen Neuaufbau auf Grundlage des Prinzips der Vereinfachung des Staatsapparates sei durchzuführen: »um die persönlichen Freiheitsrechte zu wahren, das politische Parteiregime durch das soziale Genossenschaftsregime zu ersetzen. Dies schließt eine Erneuerung des Föderalismus und die berufskorporative Ordnung ein.« Das Regime müsse geändert werden. Durch eine geistige und moralische Anstrengung, die die ganze Nation umfasse. »Was der Liberalismus gewollt hat: die persönliche Freiheit, was die Demokratie gesucht hat: die Volksherrschaft, was der Sozialismus verspricht: die soziale Gerechtigkeit, das gilt es zu verwirklichen, aber mit andern Mitteln ... Es gibt andere Wege, die zum gleichen Ziele führen.« Mit andern Worten, unser Föderalist lehnt sowohl den Liberalismus und den Sozialismus, wie auch die Demokratie ab, genau wie dies der Faschismus in seiner propagandistischen Periode vor der Eroberung der Macht tat, ohne sich aber klar und eindeutig zum Programm des Faschismus selbst zu bekennen.

Die Begründung dieses Programms schreitet auf blendenden Sätzen daher: Das Politische dürfe nicht dem Wirtschaftlichen untergeordnet werden. Die Vaterlandsliebe verbiete, das Vaterland mit dem Staat,

dem Regime zu verwechseln. Die Landesherren sollen endlich die Wahrheit sagen: »daß es so nicht weitergehen kann, daß die Reserven immer kleiner werden, daß das Regime zuviel kostet, daß es uns über unser Mittel zu leben nötigt.« Gonzague de Reynold übersieht – bewußt oder unbewußt – die Ursachen der finanziellen Belastung. Gehen sie nicht zurück auf die Krise des Kapitalismus, auf jene »deutsche Revolution«, welche der Nationalsozialismus sein soll? Haben wir nicht in Deutschland Milliarden unseres Volksvermögens verloren, die erlaubt hätten, alle öffentlichen Schulden bis auf den letzten Rappen zurückzubezahlen? Sind nicht die Aufwendungen für die Landesverteidigung eine Folge der wahnwitzigen Aufrüstungspolitik des deutschen und des italienischen Faschismus?

Gewiß: »*Wir stehen in einer Weltwende* ... wir sind nicht nur mitten im Krieg, wir sind mitten in der Revolution.« Gonzague de Reynold meint allerdings: »Aber nicht in der Revolution der Linken ... Die Französische Revolution ist assimiliert, absorbiert – bis auf einige Schlacken. Die von 1848 hängt heute im Salon. Der Sozialismus ist zurückgeblieben. Der Kommunismus fängt an zu hinken. Die Linksideen werden schließlich selbst reaktionär ... Wie 1798 haben wir an unsern Grenzen eine Revolution: den Nationalsozialismus ... Der Nationalsozialismus ist nicht etwa Preußen: er ist eine Revolution, die deutsche Revolution ... Er bereitet eine Organisation Europas vor.«

Damit sind die politischen Sympathien Gonzague de Reynolds klargestellt, denn in der Tat ist es richtig, wenn er schreibt: »*Was die Stellung der Lehren und Parteien bestimmt, ist ihr Platz in der historischen Perspektive.*« Wer den Nationalsozialismus als deutsche Revolution bezeichnet, dem deutschen Nationalsozialismus die geschichtliche Aufgabe einer Neuordnung Europas zuschreibt – allerdings dies offenbar vor München und vor der Besetzung Prags – ist damit politisch abgestempelt. Sogar dann, wenn er den Sinn der Schweizergeschichte in der föderalistischen Freiheit sucht, die er der heutigen Demokratie als Zentralismus gegenüberstellt. Auch wir Sozialisten sind Föderalisten, aber europäische Föderalisten. Gonzague de Reynold betrachtet auf europäischem Boden den Vormarsch des Faschismus als unvermeidlich, auf schweizerischem Boden aber möchte er zum Föderalismus des 18. Jahrhunderts zurück. Das fortschrittsgläubige 19. Jahrhundert müsse überwunden werden, wir seien heute nicht mehr in der modernen, sondern der antimodernen Zeit. Der Föderalismus habe nur Sinn durch die Bindung an die christliche Weltanschauung. Als ob nicht der Gedanke des Gemeingutes genügen würde, die Existenz der Schweiz zu gewährleisten. Die Idee des Gemeingutes ist eine eminent sozialistische Idee, aber sie kann nur dann ihre Fruchtbarkeit entfalten, wenn sie nicht verbunden wird mit einer hochnäsigen Verachtung des Regimes der Massen, wenn nicht der Aristokrat glaubt, nur eine Elite sei befähigt, zu regieren.

Gonzague de Reynold spricht als Vertreter einer desorientierten, politisch absterbenden Schicht, wenn er zugibt: »Wir haben unsere letzten Illusionen über die Menschheit und den Menschen, über die

Freiheit und den Fortschritt verloren. Wir sehen wiederkommen, was wir für endgültig abgeschafft, unmöglich gemacht gehalten hatten: den Krieg, die Herrschaft der rohen Gewalt, die Vergewaltigung des Rechts.« Je nach der geschichtlichen Perspektive wird man diese Tatsachen anders beurteilen. Wir sind und bleiben durch Europa bedingt: »Es ist vergeblich, wenn wir den großen Strömungen, die Europa durchziehen, den großen Erschütterungen, die es spalten und wandeln, entgehen wollen.«

Aber Europa steht heute in einer ganz anderen geschichtlichen Perspektive, als Gonzague de Reynold erkennt. Gerade weil in allen führenden Großstaaten die sozialistische Bewegung zur politischen Machtlosigkeit verdammt ist, gerade weil das Abkommen von München geschlossen wurde, die spanische Republik dank der zielbewußten Nichtinterventionspolitik der englischen City zugrunde ging, sind wir davon überzeugt, daß *der sozialistische Gedanke noch nie so mächtig, noch nie geschichtlich so wirksam war wie heute.* Schon im Jahre 1933 haben wir an anderer Stelle erklärt, niemand als Hitler sei der beste und entschiedenste Schrittmacher des im Bürgertum so allgemein verachteten »Marxismus« und »Materialismus« der Massen.

Wir leben sechs Jahre nach Hitlers Aufstieg zur Macht in den Wochen oder Monaten vor dem Ausbruch eines zweiten Weltkrieges. Zwar versucht auch heute noch die englische Zitadelle des Weltkapitalismus, die City, Hitler und Mussolini den Frieden abzukaufen. Auch heute noch werden Milliardenangebote zur Umstellung der Wirtschaft mit dem Ziele der Einstellung der wahnwitzigen Rüstungspolitik gemacht. Die gleichen Motive, welche von 1933 bis zur Zerreißung des Locarnovertrages im Jahre 1935 Hitler wie auch Mussolini gedeckt und vor Katastrophen bewahrt, welche den Untergang der spanischen Republik, die Niederlage der Volksfront in Frankreich besiegelt haben, diese gleichen Motive sind auch heute noch von bestimmendem Einfluß auf die englische Politik. Trotz Russenpakt und Generalstabsverhandlungen in Moskau. Die englische City weiß, daß der Zusammenbruch des Hitlerregimes die Morgenröte einer neuen Zeit bedeuten, die sozialistische Umwälzung in Europa einleiten wird.

Die einheitliche Klassenfront der europäischen Bourgeoisie ist zerrissen: wieder steht Imperialismus gegen Imperialismus auf. Wenn diese Gegensätze durch vernünftige Überlegungen überwunden, ausgeglichen werden könnten, wäre man gezwungen, anzunehmen, der Faschismus habe eine besonders dauerhafte und stabile Epoche der Herrschaft des Großkapitals auf internationaler Basis eingeleitet. Aber gerade die Triebhaftigkeit der ganzen Entwicklung, die Einsichtslosigkeit der herrschenden Kreise, die Unfähigkeit der herrschenden Klasse in den alten imperialistischen Mächten eine wahrhaft vorausblickende Politik im Sinne des »Gouverner c'est prévoir« zu treiben, gerade diese Tatsachen sind unseres Erachtens untrügliche Merkmale dafür, daß der europäische Kapitalismus der *Endphase* seiner Herrschaft zutreibt. Und zwar durchaus im Sinne jener Gedankengänge, wie sie seinerzeit noch vor dem ersten Weltkrieg von Rosa

Luxemburg in ihrem grundlegenden Werk über den »Akkumulationsprozeß des Kapitals« skizziert wurden. Rosa Luxemburg prophezeite im Gegensatz zu der Theorie des vorkriegszeitlichen Reformismus eine Periode der Kriege und Konvulsionen, die sich zwangsläufig aus den Bedingungen des kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozesses ergeben müßte. Wenn je eine geschichtliche Prognose durch die Entwicklung bestätigt worden ist, so trifft dies auf die Prognose von Rosa Luxemburg zu.

Rosa Luxemburg sah voraus, was kommen wird:

»Je gewalttätiger das Kapital mittels des Militarismus draußen in der Welt wie bei sich daheim mit der Existenz nichtkapitalistischer Schichten aufräumt und die Existenzbedingungen aller arbeitenden Schichten herabdrückt, um so mehr verwandelt sich die Tagesgeschichte der Kapitalakkumulation auf der Weltbühne in eine fortlaufende Kette politischer und sozialer Katastrophen und Konvulsionen, die zusammen mit den periodischen wirtschaftlichen Katastrophen in Gestalt der Krisen die Fortsetzung der Akkumulation zur Unmöglichkeit, die Rebellion der internationalen Arbeiterklasse gegen die Kapitalherrschaft zur Notwendigkeit machen werden, selbst ehe sie ökonomisch auf ihre natürliche selbstgeschaffene Schranke gestoßen ist.«

Gonzague de Reynold wird uns entgegenhalten: Der Marxismus hat seine Unfähigkeit erwiesen. Der Sozialismus ist »reaktionär« geworden, wir leben in der Epoche des Gegensatzes gegen das 19. Jahrhundert. Und doch ist Reynolds geschichtliche Perspektive falsch, sie ist ebenso falsch wie die geschichtliche Perspektive mancher Genossen in unseren eigenen Reihen, die vor der Übermacht des Faschismus in der Gegenwart erschauern. Denn wer hat Europa, wer Amerika in diesen wahnwitzigen Rüstungstaumel getrieben, wenn nicht der Faschismus? Wer treibt einer neuen Wirtschaftskrise gigantischen Ausmaßes entgegen, selbst wenn es gelingen sollte, den offenen Ausbruch des Krieges zu vermeiden, wenn nicht der Faschismus?

Am Kopenhagener Kongreß der Internationalen Handelskammer hielt Louis Marlio, als Vizepräsident eines großen französischen Chemiekonzerns, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, einen interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Seite der internationalen Aufrüstung: »Schon von 1908 bis 1913 haben sich die Rüstungsausgaben der europäischen Großstaaten um mehr als 50 Prozent erhöht. Für Deutschland waren sie bereits auf 55 Prozent der öffentlichen Ausgaben bzw. 4,2 Prozent des Volkseinkommens angeschwollen, für Frankreich auf 40 bzw. 5,5 Prozent, für Großbritannien auf 39 bzw. 3,4 Prozent . . .« Und heute? Großbritannien wendet 1939/40, ohne Berücksichtigung der Lasten der allgemeinen Wehrpflicht, 47 Prozent seiner öffentlichen Ausgaben oder 13 Prozent seines Volkseinkommens für Rüstungszwecke auf, Frankreich 50 bzw. 20 Prozent, Italien 45 bis 48 bzw. 25 bis 30 Prozent, Japan 72,5 bzw. 30 Prozent. Auch Deutschland gibt mehr als 30 Prozent (vielleicht gar 40 bis 50) seines Volkseinkommens für Rüstungszwecke aus. Man denke nur ein paar Jahre weiter. Man beachte, in welchem Ausmaße die deutsche Inflation fort-

schreitet (deutscher Geldumlauf Ende Juli 1938 7960 Millionen Mark, Ende Juli 1939 10 662 Millionen Mark; außerdem Ausgabe von Steuergutscheinen; daß Hitler höchstpersönlich die Verantwortung für die deutsche Reichsbank übernommen hat; daß die deutsche Autarkie nebst der weitgehenden Verbürokratisierung der deutschen Wirtschaft zu einer gewaltigen Steigerung der volkswirtschaftlichen Unkostenposten der deutschen Wirtschaft geführt hat; daß die Rüstungen immer gewaltiger anschwellen und schließlich der kleinste Funke genügt, das bis zum Rand aufgefüllte Pulverfaß in die Luft zu sprengen.

Heute ist eine alte dogmatische Streitfrage, welche die Arbeiterbewegung bis in die Gegenwart hinein zerrissen hat, grundsätzlich gelöst: Der Sozialismus wird nicht das Produkt einer langsamen evolutionären Entwicklung sein, der Sozialismus wird sich nur als gewaltiger Umsturz verwirklichen, aber gleichzeitig das Erbe des Liberalismus und der Demokratie in sich aufgenommen haben. Der Sozialismus wird nicht mehr wie 1918 bei halben Lösungen halt machen können, er wird nicht nur ganz Europa umwälzen, nicht nur einen sozialistischen Bund europäischer Staaten schaffen, er wird auch mit der Aufhebung der Basis der kapitalistischen Produktionsweise den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Familie umbauen, mit dem Arbeiter die Frau sozial und psychisch befreien.

Wenn heute oft vom Untergang des Abendlandes gesprochen wird, so wird dies nur der Untergang einer überlebten Zivilisationsstufe sein. Selbst ein jahrelanger Krieg wird Europa nicht vernichten können. Zweifellos werden unzählige Menschen getötet, werden ungeheure Reichtümer zerstört werden. Aber es ist nicht unsere Schuld. Es wird die Schuld des Faschismus sein. Nach vier Jahren Weltkrieg und drei Jahren Bürgerkrieg sank die russische Produktion auf ein Fünftel der Vorkriegsproduktion. Und ebenso wie sich Rußland aus diesem Zusammenbruch wieder heraufgearbeitet hat, ebenso wie sich China und Spanien wieder heraufarbeiten werden, ebenso wird dies Europa tun, falls der Faschismus Europa mit der Fackel des Krieges überziehen sollte.

*Und die Schweiz?* Sie hat heute nur *eine allereinzige, aber große Aufgabe,* ihre Existenz zu sichern, alles zu tun, um durch die kommenden Stürme hindurch jenes Gedankengut zu retten, das ihre geschichtliche Größe und ihre historische Sendung ausmacht: *das Leben der Toleranz und des Friedens und der Verständigung auf der Basis der Selbstregierung des Volkes einem europäischen Kontinent vorzuleben,* der nur durch grundlegende revolutionäre Reformen wirklich gesunden kann und gesunden wird. Die Schweiz kann die sozialistische Arbeiterbewegung nicht entbehren, will sie sich nicht selbst aufgeben. Nicht die Schweiz hat sich zu erneuern, Erneuerung täte gerade jenen Kreisen not, die die unmenschlichen Ideale der Vergangenheit zur Bekämpfung des humanitären Ideals des Sozialismus mißbrauchen möchten. Die Schweiz wird nur in einem freien und friedlich gewordenen Europa weiterleben können. »Wir stehen in einer Weltwende . . .«

---